

heute vor 45 jahren



8. 9. 1966: TV-Premiere von «Star Trek». Die Raumschiff-Crew, angeführt von William Shatner (Kirk), Leonard Nimoy (Spock) und Nichelle Nichols (Uhura) wurde so berühmt wie die Serie selbst und hat bis heute Kultstatus. Die erste Folge am US-Sender NBC hiess «The Man Trap» (deutscher Titel: «Das Letzte seiner Art»). Foto Keystone

briefe

Fragwürdige Rangliste

Kommentar: Die Uni hat ein Imageproblem; BaZ 7. 9. 11

Politik und Wirtschaft tun gut daran, das Universitäts-Ranking unaufgeregt zu Kenntnis zu nehmen. Wenn Alumni und Preisträger mehr zählen als gute Dozenten, sind Fragezeichen sicher berechtigt. Die Quantität von Publikationen muss nicht gleichbedeutend sein mit deren Qualität; generell scheint es fragwürdig, die Leistungen einer Universität wie bei einer Fussballmeisterschaft messen zu wollen. Ähnlich vorsichtig muss man allerdings auch die Pisa-Studien bezüglich der Schulen vor Kenntnis nehmen. Schulen aus dem finnischen Hinterland sollen die besten Europas sein! Man messe an der wirtschaftlichen und kulturellen Stärke der Länder und errichte entsprechende Rankings. Leben Amerikaner, Finnen und Engländer auf höherem Niveau?

Peter Bächle, Basel

Basel ist in bester Gesellschaft

Englischsprachige Traditionsuniversitäten haben bei internationalen Rankings einen nicht einzuholenden Vorsprung. Die EPF Lausanne (Platz 35) führt mit der Universität Genf (69) die Hitliste der französischsprachigen Universitäten vor Paris und Lyon an. Basel (151) steht im deutschsprachigen Vergleich (Österreich, Deutschland, Schweiz) an 13. Stelle – noch vor Wien und dazu in bester Gesellschaft: Göttingen (149) und Tübingen (152) sind keine Zweitligisten. So gesehen ist das Urteil «vernichtendes Ranking» von Raphael Suter etwas zu relativieren.

Prof. J. Thomas Lambrecht, Basel

Euros gibt es nicht zum Nulltarif

Nationalbank interveniert; BaZ 7. 9. 11

Sind sich die SNB und die Befürworter ihres Entscheids zum Mindestkurs von 1.20 Franken für den Euro im Klaren, dass allfällige künftige Käufe der SNB zur Stützung des Euro über Staatsschulden zu finanzieren sind? Die Euros sind keineswegs zum Nulltarif zu haben, «über das Drucken von Banknoten», wie die SNB und ihr nahestehende Kreise immer wieder sagten. Schulden der SNB sind Staatsschulden genauso wie

das Vermögen der SNB Volksvermögen darstellt. Die SNB hat bereits jetzt mehr Schulden als Bund, Kantone und Gemeinden zusammen. 2010 kaufte die SNB Euros und Dollars im Betrag von 200 Milliarden Franken, und der Euro konnte dadurch nicht gestützt werden.

Die Grenze von 1.20 ist relativ niedrig. Sollte der Euro aber darunter fallen, so könnte das die Schweiz hohe Milliardenbeträge an weiteren Staatsschulden kosten. Es käme viel billiger, der Exportwirtschaft direkt unter die Arme zu greifen. Zudem vernachlässigen die Befürworter dieser Wechselkursgrenze all die Vorteile des starken Frankens: tiefe Zinsen, tiefe Importpreise und so weiter. Sie vernachlässigen auch, dass die gesamte Wertschöpfungskette der Euro-Investitionen der Euro-Zone zugutekommen auf Kosten der Schweiz.

Die Schweizer Nationalbank kann nur noch hoffen, dass der Euro fester wird aufgrund der Marktkräfte. Schwächt er sich weiter ab, werden SNB und Schweizer Wirtschaft ein grosses Problem haben – eventuell den Konkurs der SNB sowie immense Staatsschulden. Alle Währungen haben in den letzten 50 Jahren massiv an Wert verloren gegenüber dem Schweizer Franken. Es ist nicht einzusehen, weshalb der Euro langfristig nicht auch schwächer werden soll gegenüber dem Franken.

Marc Meyer, Riehen

Jede Krise ist eine Chance

Aufgrund der stets andauernden beziehungsweise immer wiederkehrenden Wirtschaftskrise frage ich mich, ob es nicht an der Zeit wäre umzudenken.

Die Nationalbank hat am Dienstag mit dem Franken-Fixing – Untergrenze für den Euro-Kurs von 1.20 Franken – gezeigt, zu was wir in der Schweiz fähig sind. Da wäre es jetzt doch unsere grösste Chance, gleich eine radikale Wende in der Energiepolitik einzuleiten. Dadurch würden mindestens so viel neue Arbeitsplätze geschaffen wie solche, die (vielleicht) verloren gehen. Das Know-how ist schon in beträchtlichem Masse vorhanden. Die Preisparität bei alternativ-produziertem Strom ist in Reichweite, Elektrofahrzeuge könnten innert kürzester Zeit die mit fossilen Brennstoffen angetriebenen Fahrzeuge verdrängen und ersetzen.

Jetzt braucht es Politiker und Politikerinnen, die Mut zur Wende haben und nicht in alle Ewigkeit die verschönernde und verschwenderische Energie-Vergangenheit bewahren wollen. Ich bin überzeugt davon, dass wir dadurch die Krise als Chance nutzen können.

Felix Scherrer, Binningen

Legitime Wünsche der Besetzer

Brache besetzt/Klybeckinsel; BaZ diverse

Berichte über die Besetzungen von Liegenschaften und Grundstücken mehren sich. Die Botschaft ist immer die gleiche: Der legitime Wunsch nach einem bezahlbaren Wohnort, wo gelebt werden darf, Freiraum zur Verfügung steht, Kreativität (nicht Verwüstung) zum Ausdruck kommen kann. Die Botschaft ist die gleiche, wie wir 68er sie in der alten Stadtgärtnerei, bei den Häusern in der Ryffstrasse formulierten. Auch wir wollten keine lieb- und leblosen Betonklötze als Wohnort, keine seelenlosen verhochhäuserten Quartiere. Die schönen, alten Häuser an der Ryffstrasse wurden mehrheitlich abgerissen. Die alte Stadtgärtnerei musste einem geschniegelten Flanierpark weichen. Ich denke aber, dass sich die heutige, mehrheitlich rot-grüne Regierung für Ideen der Besetzer und Besetzerinnen einsetzen wird, sich engagiert für neue Wohnformen, Minderheiten eine Stimme gibt. Auch das ist Stadtentwicklung.

Denise Stöckli, Pratteln

So denkt ein Immigrant?

Rückkehr ins politische Zeitalter; BaZ 5. 9. 11

Dieser Bericht war grossartige Werbung für die SVP. Ist es wahr, dass die SP tatsächlich immer noch in die EU will, werde ich diese Partei sicher nicht mehr unterstützen. Dass der Journalist Hansjörg Müller als deutscher Immigrant sich so für die SVP einsetzt, überrascht mich sehr. Gerade solche Leute sollten nicht so oberflächlich sein. Aber ich bin sicher, dass er zu einer Minderheit von Immigranten gehört, die so denken.

Diego Persenico, Birsfelden

Kaserne schützt das Kleinbasel

Kaserne; BaZ diverse

Die Basler Kaserne, erbaut 1860–1863, musste dem Kleinbasel Schutz bieten. Diese Gedanken waren auch während der beiden Weltkriege präsent. Die Kaserne ist geschichtliches Kulturgut und wurde nicht zuletzt deshalb unter Heimatschutz gestellt, weil wir vom Krieg verschont geblieben sind.

Das Kleinbasel, Kleinhüningen, Riehen und Bettingen hätte man an den die Schweiz überfallenden Feind ausgeliefert. Die Brücken waren voll Munition, eine Zündung hätte genügt, dass kein

Übergang ins Grossbasel, in die Schweiz, möglich gewesen wäre. Die Brückenbauer schliefen bei Gefahr mit anderen Soldaten in der Kaserne, absolvierten Übungen und Kontrollen. Für Schweizer Soldaten hätten Pontoniers schwimmende Brücken gebaut. Oft wollten wir Kinder unter die Brücken schauen, bei Sirenenalarm in der Schule wussten wir bei Endalarm nicht, ob Häuser, Strassen und Brücken noch da sind.

Die Kaserne darf nicht für Faulheit zerstört werden. Zerstörerische Gedanken würden sie zur Ruine werden lassen. Die Kaserne darf jetzt vielfältigen, fröhlichen Anlässen dienen, kann nötigenfalls aber für plötzlichen Bedarf an Platz für viele Menschen bei Katastrophen, Epidemien und so fort speziell für das Kleinbasel wieder ernsthaft wichtig werden. Ein Spaziergang von der Wettsteinbrücke zur Dreirosenbrücke zeigt, dass ausser der Front der Kaserne von 110 Meter Länge das Klingentalweglein und der Klingentalgraben nicht die einzigen Gelegenheiten sind, zum Rheinbord zu gelangen. Neun Fronten haben weniger als 110 Meter, sechs Fronten haben mehr als 110 Meter. Und im Grossbasel haben acht Fronten mehr als 110 Meter und nur zwei Fronten weniger als 110 Meter. Es ist zu hoffen, dass sich die Gedanken positiv für die Kaserne durchzusetzen vermögen und das dass Gebäude samt seiner 148-jährigen Geschichte erhalten bleibt.

Helen Burkhalter-Kiefer, Basel

Erfahren und kompetent

«Landgasthof» Riehen; BaZ 6. 9. 11

Ich kann der Gemeinde nur gratulieren. Pierre Buess ist ein erfahrener, kompetenter Gastronom. Ich freue mich auf die Wiedereröffnung des «Landgasthofs».

Freddy Ries, Riehen

An die Leserinnen und Leser der Basler Zeitung

Über nicht veröffentlichte Leserbriefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Kurze Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Für deren Inhalt sind die Verfasser verantwortlich. Bitte senden Sie die Leserbriefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen) mit dem Internet-Formular. Vielen Dank.

<http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbriefe, 4002 Basel

Einspruch So kam es zum starken Franken

Von Hanspeter Weibel*

Die Stärke des Frankens ist eine Folge der Schwäche von Dollar und Euro. Drei massgebende Entscheide in der Vergangenheit haben dazu geführt:

Die vormals als Folge einer Krise per Gesetz (Glass-Steagall Act von 1933) verordnete Auftrennung in Investment- und Vermögensverwaltungsbanken wurde 1999 durch Bill Clinton aufgehoben. Diese Massnahme und gezielte Förderung von Hauseigentum für untere Einkommensschichten mündeten in die Finanzkrise ab 2007. Die Neugestaltung des Gesundheitswesens durch Barack Obama führt dazu, dass 58 Prozent des amerikanischen Haushalts für Sozialprogramme ausgegeben werden. Das Defizit der Obama-Regierung ist zehnmal grösser als dasjenige der Bush-Regierung.

Die Konstrukteure des Euros waren sich der Problematik einer Einheitswährung in unterschiedlichen Wirtschaftsräumen sehr wohl bewusst. Deshalb hat man die Maastricht-Kriterien geschaffen. Länder, die den Euro einführen, hätten sie erfüllen müssen. Heute erfüllt nur noch die Schweiz diese Kriterien. Die Politiker Europas, allen voran die deutschen und französischen, wollten den Euro um jeden Preis. Allerdings wussten sie offenbar damals noch nicht, wie hoch dieser Preis ausfallen würde. Selbstverständlich kommen weitere, kumulierende Entscheide hinzu, die insgesamt eine Verstärkung dieser Effekte zur Folge hatten.

Was heisst dies für die Schweiz:

1. Auftrennung der Banken in Investment- und Vermögensverwaltungsbanken (dies wurde kürzlich auch von Peter Kurer gefordert). Damit können wir die Risikostrukturen dieser beiden Geschäfte trennen. Jeder Geschäftsteil

Die Unternehmen, vor allem KMU, sollen ihre Verbindlichkeiten in Euro und Dollar absichern.

muss dann für sich selbst profitabel sein. Und die Too-big-to-fail-Problematik ist gelöst. Von der UBS erhielt ich eine abschlägige Antwort; ich wollte wissen, wie die im Vergütungsbericht ausgewiesenen Boni nach Ländern zugewiesen werden. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, dass der grösste Teil in den USA im Investmentbanking anfällt; dort werden ja auch die Verluste erzeugt.

2. Zur Kenntnis nehmen, dass im freien Markt immer noch der Konsument entscheiden kann und wird, welche Produkte zu welchen Preisen er kauft. Es gibt aber Bereiche mit monopolartigen Strukturen. Besonders Gebühren bei Kanton, Gemeinden und Bund, aber auch Tarife für Wasser, Strom, Energie, Telefon, Post, Transport (SBB, LSWA) und so weiter gehören dazu und sind im Vergleich mit den Kosten in Europa deutlich zu hoch. Da könnte der Bundesrat eingreifen. Zudem müsste ein Bürokratieabbau stattfinden, da es sich hier um weitgehend wertschöpfungs-freie Akte handelt. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. 3. Die Nationalbank hat im Rahmen ihrer Unabhängigkeit und ihres Handlungsspielraums nun den Worten Taten folgen lassen. Ob die Bekanntgabe der Untergrenze des Wechselkursniveaus geschickt war, wird sich weisen. Damit gibt sie jedem Spekulant eine Richtschnur in die Hand.

4. Die Unternehmen, insbesondere KMU auffordern, ihre Verbindlichkeiten in Euro und Dollar abzusichern. 5. Sich darauf einstellen, dass weitere Anstrengungen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt notwendig sind.

* Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat SVP